Zeitschrift: Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik
Herausgeber: Diskussion
Band: - (1993)
Heft: 20: Krise crisi crise : Arbeitslosigkeit

Artikel: Gewerkschaftliche Antworten auf die Krise
Autor: Girod, Urs / Angst, Walter / Goll, Christine
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-584115

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

GEWERKSCHAFTLICHE ANTWORTEN AUF DIE KRISE

EIN GESPRÄCH MIT URS GIROD, BILDUNGSVERANTWORTLICHER SMUV, WALTER ANGST, REDAKTOR «VORWÄRTS», CHRISTINE GOLL, NATIONALRÄTIN FRAP, UND VASCO PEDRINA, PRÄSIDENT GBI.

Die vier TeilnehmerInnen wurden gebeten, vor dem Gespräch einen Text einzureichen, in dem sie kurz auf die Frage nach der/den Ursache/n der Krise und Lösungsansätzen aus ihrer Sicht eingehen. Diese Texte bildeten die Grundlage für das Gespräch. Der ursprünglich vorgesehene GBI-Volkswirtschaftler Hans Baumann musste krankheitshalber kurzfristig absagen. Vasco Pedrina hat sich freundlicherweise bereit erklärt, für ihn einzuspringen.
Das Gespräch führten Roland Erne und Beate Wille.

Krise des Denkens (Urs Girod, SMUV)

Wir haben es heute klar nicht mit einer strukturellen Krise zu tun: Verglichen mit der schlechten Wirtschaftslage steht unsere Exportwirtschaft gut da. Die Wettbewerbschancen sind durchaus intakt, denn in den letzten Jahren wurden gigantische Rationalisierungsstrategien durchgesetzt. Auch in der Bauwirtschaft staut sich ein Nachholbedarf auf. Dies weist auf eine konjunkturelle Krise hin. Die Hartnäckigkeit der Krise ist ein überdeutlicher Hinweis darauf, dass die Wahrung hierarchischer Strukturen und die Sicherung von Machtbefugnissen nach wie vor wichtigere Organisationsziele der Unternehmen darstellen als das Auffinden der besten Lösung. Die Verbesserung ökonomischer Rahmenbedingungen allein reicht deshalb nicht aus, weil die jetzige Talsohle die viel grössere Krise des Denkens und der ideenlosen, sturen Inflexibilität offenbart.
Wenn wir in Zukunft nicht mit einem Heer von Arbeitslosen leben wollen, müssen wir neue Beschäftigungs- und Arbeitszeitmodelle, aber auch massive Arbeitszeitverkürzungen durchsetzen. Arbeitgeber, Gewerkschaften und Staat müssen neue Beschäftigungsbereiche «auftun», etwa im sozialen Feld oder beim Umweltschutz und sogar in den Industrien. Die Gewerkschaften müssen auf Unternehmer wie Arbeitnehmer einwirken, dass diejenigen, die Arbeit besitzen, weniger davon für sich beanspruchen und wenn möglich auch auf einen Teil ihres Lohnes verzichten. Es muss das Modell einer gesellschaftsweiten Job-Rotation durchgesetzt werden, bei dem Arbeitsbesitzer arbeitslosen KollegInnen für einige Monate ihren Arbeitsplatz zur Verfügung stellen, damit diese wieder Taggelder beziehen können.

DiSKUSSiON: *Kannst du deine Kernthesen zusammenfassen und zuspitzen?*

Urs: Ich denke, dass die Krise sehr stark herbeigeredet wird. Es ist nicht in dem Sinne eine eigentliche Krise, sondern es ist vor allem eine Krise des Denkens. Es scheint so, als wenn alle auf die Besserung hofften, die dann irgendwann irgendwoher aus irgendeinem Loch kommen soll.

DiSKUSSiON: *Welche gewerkschaftliche Antwort ist dazu nötig?*

Urs: Einerseits sollten wir nicht die Arbeitslosigkeit finanzieren, sondern in jedeN einzelneN ArbeitsloseN direkt investieren. Da kann es auch einen gewissen Druck geben, dass die Leute ihr Geld nur bekommen, wenn sie Weiterbildungsprogramme besuchen. Anderseits können wir nicht in den hierarchisch starren Struktur der Betriebe weiteroperieren, sondern müssen die Leute direkt in die Entscheidungen einbeziehen.

Wädi: Wir sollten uns zuerst darüber einigen, was wir unter Krise verstehen. Wenn du die Wachstumszahlen anschaust, ist es richtig, dass die Krise herbeigeredet wird. Das ist nicht das zentrale Problem. Was die Gewerkschaften beschäftigt, ist der massive Anstieg der Arbeitslosigkeit. Konkret: Du sagst, es sei ein konjunktureller Einbruch, und das zeigt sich daran, dass die Exportwirtschaft sehr gut funktioniert. Aber die Exportwirtschaft – Chemie und Maschinenindustrie – baut Arbeitsplätze ab. Das sind multinationale Konzerne, denen es vom Gewinn her sehr gut geht. Die entscheidende Frage der Gewerkschaften müsste von daher sein: Wie können wir Einfluss nehmen auf die Unternehmenspolitik dieser grossen multinationalen Konzerne, in denen das Geld eben vorhanden ist.

Chris: Ich finde es zynisch, wenn du sagst, die Krise wird herbeigeredet. Mich stört es, wenn du im ersten Satz erwähnst, dass wir es heute klar nicht mit einer strukturellen Krise zu tun haben. Wenn wir von der globalen Analyse ausgehen, dann müssen wir weltweit von einer strukturellen Entwicklungskrise reden. Diese Krise hat für mich stark mit einem Armuts-/Reichtumsgefälle zu tun, das immer grösser wird. Auch bei uns in der Schweiz drückt sich dieses auf dem Arbeitsmarkt aus, indem unqualifizierte Hilfsarbeitskräfte an den Rand gedrängt werden, dafür hochbezahlte lebensferne Experten auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor ihre Chancen haben.

Vasco: Ich glaube, die Krise hat sowohl konjunkturelle als auch strukturelle Aspekte. Bei den konjunkturellen ist es eine typisch zyklische Krise des Kapitalismus. Ein Teil der Arbeitslosigkeit ist daher konjunkturell bedingt, da der Arbeitsmarkt weniger flexibel reagiert als in den siebziger Jahren. Der Export der Arbeitslosigkeit war damals wesentlich grösser als heute.
Bei den strukturellen Problemen sind einerseits die Weltprobleme zu nennen, aber auch die Dimension der technologischen Entwicklung. Neu ist heute, dass die grossen Rationalisierungen in der Industrie nicht mehr kompensiert werden durch eine Erhöhung der Stellenzahlen im Dienstleistungssektor. Jetzt wirken sich die Rationalisierungen auch voll im Bürobereich aus. Heutzutage sieht man nicht, welcher Bereich die wegrationalisierten ArbeitnehmerInnen aufnehmen könnte. ■

Urs: Für mich müsste man das strukturelle Phänomen differenzieren. In meinem Text habe ich den Hintergrund der Maschinenindustrie, wo immer die Strukturbereinigungen vorangetrieben werden müssen. Unternehmer können sich heutzutage nicht mehr darauf herausreden, dass es eine strukturelle Krise sei, denn die Struktur ist bereits bereinigt, und diese Industrie ist konkurrenzfähig. Was andere Bereiche betrifft, die Verarmung, da bin ich mit Euch einverstanden.

Was heisst Industriepolitik?

DiSKUSSiON: *Wie kann eine Gewerkschaft, die auf Unternehmensebene nicht mitentscheiden kann, eine Industriepolitik betreiben, die die Entscheidungen von grossen Unternehmungen beeinflusst?*

Urs: Wenn wir Industriepolitik machen mit Instrumenten die meine Gewerkschaft, der SMUV, bis jetzt angewendet hat, dann können wir in Zukunft klar keine Industriepolitik machen.

Chris: Was ist denn Industriepolitik? Wirtschaftspolitik oder Sozialpolitik oder was sonst?

Urs: Alles zusammen. Wenn wir das aber nur über Verträge machen wollen, die dann fünf Jahre zementiert sind, oder nur über eine minimale Form der Mitbestimmung / Mitwirkung, haben wir keine Chance. Wir müssen die Rahmenbedingungen der Arbeit verändern, auch mit Kampfmassnahmen. Die Rahmenbedingungen müssen so verändert werden, dass die Wirtschaft nicht immer nur über die Arbeitskraft disponieren kann. Wir sitzen ja nicht in den Verwaltungsräten, und deshalb müssen wir bei den Rahmenbedingungen der Arbeit ansetzen.

Wädi: Meine Definition von Industriepolitik heisst: Die Gewerkschaften, die Linke muss Einfluss nehmen auf die Investitionsentscheide. Ohne das ist es nicht möglich, eine Umgestaltung der Gesellschaft voranzubringen, ohne das ist eine Neuverteilung der Arbeit nicht möglich, ohne das sind keine qualitativen Kriterien an die Produktion duchsetzbar.

Chris: Einfluss nehmen auf die Investitionen, das tönt gut. Aber als du, Urs, in deinem Text auf die die Krise des Denkens gekommen bist – hast du da nicht auch an die eigenen Reihen gedacht?

Urs: Ja, weil wir uns immer zu stark am Wachstum orientiert haben. Der einzige Ansatz, der davon abkehrt, ist das, was wir mit dem VPOD zusammen bei der Rüstungskonversion gemacht haben. Das ist eine direkte Intervention vor Ort. Mich interessiert, was eine Gewerkschaft unmittelbar vor Ort tun kann, um investitionsmässig einzugreifen.
Wir vom SMUV sind Kinder dieser Industrialisierung und sind auch mit der Maschinenindustrie gewachsen. Wir haben uns mitfinanzieren lassen. Auch wir sind von der Krise des Denkens betroffen. Auch wir verwalten Arbeitslose als Zahlstelle.

Vasco: Zwei Sachen zur Industriepolitik: Die Linken sind stark fixiert gewesen auf eine staatliche Industriepolitik. Wir müssen uns heute die Frage stellen, wie wir ausserhalb der üblichen Sphäre des Staates, zu einer sinnvollen gewerkschaftlichen Industriepolitik kommen. Das SMUV/ VPOD-Programm zur Rüstungskonversion war ein konkretes Beispiel. Aber auch das GTCP/GBI-Projekt zur Qualifizierung der ungelernten ArbeitnehmerInnen in der Textilindustrie ist ein Beitrag zu einer solchen Politik. Auch die Verbilligung von Risikokapital und weitere Massnahmen in diesem Sinn können zu einer neuen Struktur- und Industriepolitik in der Schweiz führen.

Gegen die Entsolidarisierung (Wädi Angst, «Vorwärts»)

Der massive Anstieg der Arbeitslosigkeit ist nicht Folge eines konjunkturellen Einbruchs. Vollbeschäftigung wird in Zukunft auch für die Schweiz ein Fremdwort sein. Die Trendwende eingeleitet hat unter anderem die Entscheidung der Grossbanken, ihre Eigenkapitalrendite auf den international üblichen Standard zu heben. Die Gewerkschaften und die Linke haben sich deshalb auf eine völlig neue politische Situation einzustellen. Antikrisenpolitik kann sich nicht darauf beschränken, die keynesianischen Rezepte der sechziger Jahre aus den Schubladen zu holen. Eine wirtschaftspolitische Strategie muss sowohl industriepolitische Zielsetzungen formulieren als auch Programmen entwickeln, um in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Kinder- und Altenbetreuung, öffentlicher Verkehr und Kultur neue Arbeitsplätze zu schaffen. Den Boden zur Umsetzung solcher Programme bereitet man vor, indem wir kurzfristig konsequent gegen die gesellschaftliche Entsolidarisierung mobilisieren.

Wädi: Mich interessiert weniger der konjunkturelle Einbruch als die strukturellen Veränderungen, die sich jetzt in der Schweiz deutlich abzeichnet. Die Abschöpfung des Mehrwertes passiert heute an einem anderen Ort als noch in den fünfziger und sechziger Jahren. Und dass sich damit die Möglichkeiten der Linken, zu intervenieren, ganz entscheidend verändert haben. Mir geht es darum, zu unterscheiden zwischen einer Industriepolitik der Gewerkschaften, die die Interessen der Lohnabhängigen, der Frauen und Ausgegrenzten vertritt, und einer Industriepolitik des Kapitals, das an einer Erhöhung der Profite orientiert ist. Dieser Unterschied muss ernsthaft herausgearbeitet werden. Das fehlt mir in der Diskussion um die Industriepolitik. So gibt es in der Industrie ein grosses Interesse, die Kosten für einen Teil der Spitzentechnologie zu sozialisieren. Der gewerkschaftliche Ansatz müsste ganz entscheidend sein – wie das im GBI-Programm für die Textilindustrie zum Ausdruck kommt –, dass man diese Weiterbildung gleichmässig verteilt und vor allem jene, die ausgegrenzt werden,

begünstigt. Das Stichwort Entsolidarisierung kommt da hinein: Die Erhöhung des AHV-Alters etwa ist in der gegenwärtigen Situation ein absoluter Humbug.

Urs: Die ganze Geschichte der Qualifizierungspolitik, da wird abgeschöpft für andere Forschungsprojekte, oder es gibt da die Abschöpfungstendenz, dass man nur bis zu einer gewissen Hierarchiestufe in die Kürslein darf, und die unteren sollen sie gefälligst selbst bezahlen. Wenn wir aber direkt intervenieren wollen, und das hat wieder mit der Krise des Denkens zu tun, dann müssen wir uns auch um die Frage kümmern, wie Arbeit gestaltet ist. Wir können da nicht von Solidarisierung schwafeln. Das hält vielleicht für den 1. Mai. Wenn wir aber im Betrieb Arbeitsstrukturen eingerichtet haben, die die Leute im Akkordlohn gegeneinander aufbringen, die entqualifizieren – man soll sich mal vor Augen halten, was es heisst, eine Industrie aufrecht zu erhalten, wo Männer und Frauen 20 Jahre arbeiten können ohne ein Wort Deutsch zu sprechen, ohne jegliche Qualifikation mitzubringen. Was das für arge Arbeitsplätze sind. Also müssen wir uns zunächst darum kümmern, wie die Arbeit gestaltet ist, damit die Leute z.B. in Gruppen etwas tun können, zusammen etwas lernen können. Und damit kann auch Solidarität und ein kritisches Bewusstsein wachsen. Und da gibt es eine strukturpolitische Schiene z.B. zu den kleinen und mittleren Unternehmen. Wir haben gemerkt, dass diese von den Grossbetrieben ihre gigantischen Projekte, übernehmen und denken: Wenn wir das auch kaufen für teures Geld, dann sind wir konkurrenzfähig. Dass die kleinen und mittleren Unternehmen ihre Konkurrenzfähigkeit damit zerstören, das hat man schlichtweg übersehen. Da hat eine gewerkschaftliche Politik anzusetzen, zu thematisieren, was Arbeit sein sollte und wie sie gestaltet sein muss.

Chris: Und für wen sich die Gewerkschaft einsetzt.

Urs (ironisch): Nur für zahlende Mitglieder.

Umverteilung zwischen wem?

Chris: Die Frauen und Arbeitslose sind kein Potential für die Gewerkschaften. Wädi beklagt ja vor allem die Entsolidarisierung. Die Frage der Solidarität müsste auch insofern gestellt werden, dass die Reichtumseinbussen, die heute im Gange sind, nicht einseitig abgewälzt werden. Aber die werden heute auf die sozial Schwachen, auf die Frauen, auf die Älteren und Randregionen abgewälzt, und von daher wäre für mich ein wichtiger Inhalt einer Gewerkschaftspolitik, die Verteilungsfrage neu zu stellen, und zwar in dem Sinn, dass ganz klar die Umverteilung von oben nach unten stattfinden muss. Was du in der vorherigen Diskussion formuliert hast, wir seien alle Kinder dieser Wachstumseuphorie und Wachstumswirtschaft, ist eine Ideologie, die wir in Frage stellen müssen.

Urs: Wie machen wir das, dass wir die Leute hinter uns haben? Ob gewerkschaftlich organisiert oder nicht, interessiert mich überhaupt nicht.

Chris: Nur, indem dieses Thema enttabuisiert wird. Bisher war die Umverteilungsfrage innerhalb der Linken und vor allem der Gewerkschaften ein Tabu.

Vasco: Ich habe etwas Mühe mit der Enttabuisierung. Man muss konkret werden. Von den Gewerkschaften wird schon Arbeitszeitverkürzung mit Lohneinbusse diskutiert, das ist Umverteilung. Ich bleibe auf der Position, bis zur 40-Stunden-Woche brauchen wir keine zu Konzessionen machen. Wenn wir das nicht tun, fördern wir die Resignation der Arbeitnehmerschaft. Nachher muss diskutiert werden. Aber bei den unteren Einkommen muss der Lohnausgleich weiterhin voll geleistet werden. Wir müssen dafür kämpfen, dass tiefe Löhne mehr bekommen, weil sie heute nicht existenzsichernd sind.

Chris: Wenn wir von Umverteilung sprechen, so heisst das für mich nicht generelle Arbeitszeitverkürzung mit Lohneinbusse, sondern von oben nach unten.

Wädi: Mich erstaunt, dass die Diskussion jetzt geführt wird, ab welchem Niveau gekürzt werden soll, und nicht, was wir mit den 3 Mia. Gewinnen machen, die die Banken jährlich einstreichen. Die Löhne ab 7000 Franken werden durch den Markt reguliert. Da wird bezahlt, was bezahlt werden muss. Gewerkschaftliche Lohnpolitik ist Verteidigung der Löhne unten. Ich bin grundsätzlich der Meinung, dass die Gewerkschaften nicht auf die Frage Arbeitszeitverkürzung mit Lohnverzicht einsteigen sollen. Auch nicht bei Festlegung irgendeiner Grenze. Bei der Arbeitslosenversicherung dagegen können wir solche Forderungen festsetzen und sagen: unbegrenzte Beitragspflicht bei den Einkommen.

Recht auf ökonomische Teilhabe der Frauen (Chris Goll, FRAP!, VPOD)

Frauen sind soziale Basisarbeiterinnen und Opfer der herrschenden Wirtschaftskrise gleichzeitig, indem sie einerseits das Auffangbecken für das durch die Krise produzierte Elend bereitstellen und andererseits zuerst von Arbeitslosigkeit, zunehmender Armut und von oben verordnertem Spardruck betroffen sind. Im Dilemma zwischen reprivatisierten sozialarbeiterischen Zwängen sind sie deshalb besonders harten Zerreissproben zwischen ihren eigenen Anliegen und den Interessen «anderer» ausgesetzt. Gerade die Fürsorgearbeit für die schwächsten Glieder der Gesellschaft absorbiert die Kräfte für die Durchsetzung ihrer eigenen Forderungen wie Chancengleichheit und Gleichstellung. Heute müssen wir das Recht auf ökonomische Teilhabe der Frauen verwirklichen. Das bedeutet grundsätzlich die Verteilung der bezahlten Arbeit und der unbezahlten Betreuungs- und Erziehungsarbeit auf Männer und Frauen.

Chris: Ich führe im Moment sehr viele Gespräche mit Frauen, die seit Jahrzehnten in Gewerkschaften sind und seit Jahrzehnten sich stark machen und die Nase voll haben. Alle unsere Forderungen, die auch aus der neuen Frauenbewegung kamen und immer hartnäckig eingebracht wurden, sind in der heutigen wirtschaftlichen Krisensituation in den Gewerkschaften vom Tisch. Ich stelle fest, dass viele Frauen sich überlegen auszutreten, und bis jetzt habe ich immer noch die Haltung vertreten, nein, warte lieber, nicht individuell austreten, wenn schon, dann mit einer gemeinsamen Aktion. Auf diesem Hintergrund ist mein Text entstanden.

Urs: Für mich ist die Neuverteilung der Arbeit zentral. Wenn wir die eben veröffentlichte Studie über die Freiwilligenarbeit zur Kenntnis nehmen, die sprechen von 100 Mia. Franken, was an Betreuungs-, Heimarbeit, Sterbebegleitung geleistet wird. Wir müssen Arbeit als Begriff neu zu definieren. Arbeit ist nicht nur in einem Zeitpolster von acht Stunden, sondern als tätiges Leben zu verstehen, als alles, was Menschen tun.

Wädi: Urs hat vorher gesagt, bei der Industriepolitik muss man ganz konkret werden. Wenn nun von der Neuverteilung der Arbeit die Rede ist, dann sollen wir plötzlich als Linke das durchsetzen können. Das ist ja eine ganz zentrale Forderung eines linken Wirtschaftskonzepts, das ja irgendwie umgesetzt werden müsste. Zuerst müssten wir die 30 %ige Lohnschere ausgleichen, dass Frauen gleich viel verdienen. Das ist letztlich ein täglicher Lohnklau. Das schafft auch in Partnerschaften die Möglichkeit zu sagen, wenn es eng wird: Ich steige aus und nicht die Partnerin.

Christine: Die Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit gründet auf einer knallharten Basis. Es muss absolut klar sein, dass Frauen das Recht auf ökonomische Teilhabe haben. Mir geht es nicht nur darum, Arbeit neu zu definieren oder zu diskutieren oder den Wert der bisher unbezahlten Frauenarbeit auszurechen. Auch nicht darum, dass Frauen für diese Arbeit mehr Anerkennung bekommen oder dass man diese Arbeit attraktiver machen könnte, etwa auch für Männer, sondern es geht ganz klar um das Recht auf bezahlte Arbeit für Frauen. Und das muss der Grundsatz sein. Und mir macht es Mühe, dass dieser Grundsatz nicht aufrechterhalten bleibt, z.B. auch in der Gewerkschaft in einer Krisensituation.

Vasco: Stimmt das? Die Gewerkschaften sind nicht an der Macht. Man muss bei den Verantwortungen unterscheiden. Wenn es uns nicht gelingt, etwas durchzusetzen, heisst es noch nicht, dass wir schuld an der Sache sind. Ich habe nicht das Gefühl, dass die GBI diese Fragen weniger diskutiert als vor einigen Jahren. In einer Krisensituation ist es in unserer Gesellschaft üblich, beim alten zu bleiben, und das ist ziemlich patriarchalisch. Da stellt sich die Frage: Was können wir in einer solchen Situation tun, um wirkungsvoller zu werden im Interesse einer solchen Politik.

Wädi: Aber jetzt ganz konkret zum beschäftigungspolitischen Programm von SGB und SPS. Das kommt der Forderung der Frauen nach frauenpolitischer Arbeit der Gewerkschaften nicht sonderlich stark nach. Das ist einzig und allein ein baupolitisches Programm, das nirgends auch nur einen Abschnitt hat, wo frauenpolitische Forderungen aufgenommen würden. Man könnte einen Investitionsbonus beispielsweise für die Schaffung von Betreuungsarbeitsplätzen fordern oder 100 Mio. der 300 Mio. in diesen Bereich hineinpumpen.

Vasco: Ich bin nicht gegen einen Investitionsbonus für das Pflegepersonal. Die Forderung sollte aber von den entsprechenden Gewerkschaften kommen. Wir sind die GBI und stellen Forderungen im Zusammenhang mit den Problemen unserer Leute. Aber ein Aspekt, der unterschätzt wird, ist, dass es sehr wenige Bereiche gibt, wo eine kurzfristige Wirkung beschäftigungsmässig erreicht werden kann. Ausser wenn man sagt, neue Aufteilung der Arbeit.

Chris: Vasco, du hast gesagt, die Gewerkschaften sind nicht an der Macht. Dies kann aber keine Entschuldigung sein, denn auch sie machen Politik und sind meines Erachtens verpflichtet, ihre Programme frauenpolitisch auszurichten.

Vasco: Das machen wir doch auch.

Chris: Ich möchte drei Beispiele nennen, wo jahrzehntealte Forderungen der Gewerkschafterinnen unter den Tisch fallen. Das erste Beispiel: Die SGB/SP-Beschäftigungsprogramme nehmen keine Rücksicht auf irgendwelche berufliche Frauenbiografien, sondern orientieren sich an den traditionellen Männerbiografien. Es ist natürlich überhaupt nicht damit getan, dass nun analoge Programme im Pflegebereich gefordert werden. Wenn schon, müssten die Gewerkschaften angesichts der ganzen Bildungsdiskussion und des Wissens, welche Bildungsdefizite Frauen haben, Beschäftigungsprogramme mit qualifizierendem Charakter fordern, zum Beispiel im Sozial- oder Gesundheitsbereich.

Vasco: Das haben wir doch gemacht! Das kannst du doch nicht sagen.

Chris: Ja irgendwo am Rande.

Vasco: Nein nicht am Rande. Es war eine zentrale Forderung des letzten Kongresses. Das Ganze ist nicht eine Frage der Forderung, sondern der Umsetzung.

Chris: Aber es ist nicht die Politik, mit der die Gewerkschaften nacher an die Öffentlichkeit treten. Jetzt möchte ich die zwei anderen Beispiele nennen. Das zweite Beispiel: Der dringliche Bundesbeschluss zur Arbeitslosenversicherung. Ich finde es wichtig, dass die Gewerkschaften hier intervenieren, doch es reicht einfach nicht, nur gegen die Taggeldsenkung auszurufen, sondern es sollte auch die alte Forderung nach der Anerkennung der Erziehungs- und Betreuungsarbeit als Beitragszeit, wie beim Militärdienst eingefordert werden. Ein drittes Beispiel ist das der abgesicherten Teilzeitstellen auf allen Hierarchiestufen. Zweidrittel der stellensuchenden Frauen suchen eine Teilzeitstelle.

Beschäftigung schaffen (Hans Baumann, GBI)

Gemessen am Rückgang der Produktion ist die gegenwärtige Krise nicht sehr gravierend. Sie wirkt sich aber so stark auf den Arbeitsmarkt aus, dass die Arbeitslosenzahlen auf ein Niveau geklettert sind, das für die Schweiz einen absoluten Rekord darstellt. Unsere Gesellschaft und insbesondere auch unsere Sozialinstitutionen trifft dies völlig unvorbereitet, und deshalb ist auch eine gewisse Ratlosigkeit festzustellen.
Wichtig ist, dass gegen die Krise jetzt kurzfristig etwas unternommen wird,

um Arbeitsplätze zu schaffen und weitere Arbeitslosigkeit zu verhindern. Hier steht ein Beschäftigungsprogramm im Vordergrund, das Investitionen im Infrastrukturbereich, beim Energiesparen, im Umweltschutz und im Wohnungsbau fördern sollte. Längerfristig ist es wichtig, den strukturellen Problemen etwas entgegenzusetzen: Neue Modelle der Arbeitszeitverkürzung und der Arbeitsteilung sind auszuarbeiten. Die Qualifikation der Arbeitnehmenden muss besser an die Bedürfnisse der neuen Produktionsmethoden angepasst werden. Unsere Industrie- und Gewerbebranchen brauchen eine aktive Industriepolitik, um sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten.

DiSKUSSiON: *Vasco, stimmst du mit den Thesen von Hans überein?*

Vasco: Im Prinzip teile ich seine Auffassung. Es gibt aber auch Unterschiede im Bezug auf die Analyse der aktuellen Situation. Ich bin nicht so optimistisch, was den Wiederaufschwung der Wirtschaft nach der Krise betrifft. Denoch halte ich nicht viel von denen, die nur die strukturellen Probleme der Krise sehen und grosse Theorien haben, wie diese zu bewältigen wären, aber in der Praxis keine Wirkung erzielen. Wir können es uns nicht leisten, in der Krise nur zu theoretisieren. Wohl deshalb haben ehemalige Gegner von konkreten Beschäftigungsprogrammen, wie Ruedi Winkler, ihren Widerstand gegen den Investitionsbonus aufgegeben.

Trotzdem habe ich die Auffassung, dass heute die strukturellen Probleme um einiges grösser sind als in den 70er Jahren. Wir können nicht mit einer Perspektive rechnen, wonach es in einigen Jahren wieder einen Arbeitskräftemangel geben wird. Auf der anderen Seite bin ich vorsichtig geworden beim Voraussagen von Trends, und deshalb sollten wir für die Zukunft auch verschiedene Szenarien vorbereiten. Zusammenfassend brauchen wir kurzfristig Programme zur Unterstützung der Arbeitslosen, Bildungsprogramme sowie Beschäftigungsprogramme, dann brauchen wir mittelfristig eine Struktur- und Industriepolitik sowie eine Neuaufteilung der Arbeit. Hier stellt sich aber ein grosses praktisches Problem, denn die Arbeitszeitverkürzung in der heutigen Situation der Krise kommt bei unserer Arbeiterschaft nicht so gut an.

Chris: Eigentlich wollte ich aufgrund des Textes von Hans einhaken. Doch gerade seine These, dass nach der Krise wieder ein Aufschwung kommen wird, hat Vasco ja selber relativiert.

Urs: Für mich ist folgendes zentral: Wir können die Augen nicht davor verschliessen, dass wir den wirtschaftlichen Wiederaufschwung brauchen. Die Welt können wir nicht komplett neu erfinden, um da wieder kurzfristig zu Beschäftigung zu kommen. Diejenigen Länder, die ihr wirtschaftliches Know-how verlieren, die verlieren auch bald ihre finanzielle Basis. Und die industrielle Produktion oder eben die Bauwirtschaft stellen nun eimal die Basis des Wirtschaftens dar. Also müssen wir zunächst schauen, dass dies wieder in Gang gebracht werden kann.

Chris: Das ist verheerend, was du da sagst.

Urs: Ja, dann sagst du das mal unseren Kolleginnen und Kollegen, die jetzt stempeln. Sprich mal mit jenen, die keinen Job haben, über Arbeitszeitverkürzung, oder geh mal in den Betrieb und stelle die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung auf vor Leuten, die Arbeitszeitverkürzung auf null zu erwarten haben, nämlich die Arbeitslosigkeit.

Chris: Mir ist schon klar, dass dies nicht einfach ist. Aber weisst du, ich finde es auch nicht gut darauf zu beharren: «Wir haben eine bestimmte Mitgliedschaft in den Gewerkschaften...»

Urs: Du unterstellst mir was. Ich spreche nicht von den Mitgliedern. Vergessen wir doch das Mitglied/Nichtmitglied-Denken... Sprechen wir von den Arbeitnehmern. Und die wollen jetzt Massnahmen. Die erwarten von den Gewerkschaften, dass jetzt konkrete Vorschläge kommen. Und die liegen jetzt auf dem Tisch.

Chris: Das eine schliesst doch das andere nicht aus.

Wädi: Darf ich hier einhaken. Ich finde die Tendenz unter den Linken, den neuen Linken, problematisch, dass man sagt: «Im Prinzip können wir auf diesen industriellen Gugus verzichten, der macht ja sowieso nur die Umwelt kaputt. Bremsen wir den runter, dann geht es uns allen besser.»

Urs: Auch das stimmt!

Wädi: Das finde ich wirklich einen grossen Gugus. Wir brauchen ein breitgefächertes Angebot der Arbeitsplätze. Die Produktivität wird in den nächsten zehn Jahren noch jährlich um 3 bis 4% wachsen. Deshalb wird die Arbeitslosigkeit weiter wachsen, auch wenn der Aufschwung kommt. Und darum ist ein grosses Fragezeichen hinter eine gewerkschaftliche Antikrisenpolitk zu machen, die nur auf konjunkturstimulierende Massnahmen setzt. Besonders wenn gleichzeitig die selbe Linke in den Gemeinden beim Abbau von Arbeitsplätzen, z.B. im Erziehungs- oder im Gesundheitswesen, mitmacht.

Urs: Das Problem wird eben sein, dass der Aufschwung auch ohne die Linken kommen wird. Von daher gesehen ist es wichtig, dass, wenn der Karren wieder läuft, wir uns Massnahmen überlegen sollten, die wir dann auch besser durchsetzten könnten.

■